

Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Nr. 908.

Dienstag, 29. Dezember

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Amtliches.

Berlin, 28. Dezember. Der Kaiser hat den Gemeinderath Advoaten Spire zum Bürgermeister, den Gemeinderath Rentner Boué zum ersten Beigeordneten und den Gemeinderath Apotheker Béron zum zweiten Beigeordneten der Stadt Düsseldorf, Bez. Lothringen, ernannt, im Namen des deutschen Reichs die von dem Bischof zu Megwogenommen Ernennung des Hülspfarrers Lorenz Faust zu Gunzweiler im Bez. Lothringen zum Pfarrer in Saarburg, desselben Bescheinigt.

Der König hat den bisch. unbefoldeten Beigeordneten Wenning der Stadt Stettin, zuwohl der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft auf eine fernere sechsjährige Amtsauer bestätigt.

Zu Amtsrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. v. Meibom bei dem Amtsger. in Osnabrück, der Ger.-Ass. Röderwyl bei dem Amtsger. in Leve, der Ger.-Ass. Befor bei dem Amtsger. in Neuenhaus, und der Ger.-Ass. Hermann bei dem Amtsger. in Wittlage.

Der Seminarlehrer Kewitsch in Werent ist zum ersten Lehrer am dortigen Schullehrerseminar ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Hannover, 28. Dezember. In der Erstwahl zum Abgeordnetenhaus für den 9. hannoverschen Wahlkreis (Diepholz) ist, wie hierher gemeldet wird, der Rechtsanwalt Plate (nationalliberal) gewählt worden.

Schwerin i. Meckl., 28. Dezember. Das Regierungssblatt publiziert eine großherzigliche Verordnung, durch welche der mecklenburgische Landtag auf den 10. Februar 1875 nach Malchin einberufen wird. Unter den Propositionen der mecklenburg-schwerinischen Regierung, welche dem Landtag zur Beratung vorgelegt werden sollen, befindet sich u. a. ein Gesetzentwurf über ordentliche und außerordentliche Kontributionen sowie über die Prinzensteuer für die Großfürsten Marie von Russland. Außerdem sollen die während der letzten Landtagssession begonnenen Verhandlungen über die Änderung der Verfassung fortgesetzt werden.

Basel, 28. Dezember. Die „Basler Nachrichten“ melden, daß der Kanton Schaffhausen die neue Verfassung gestern mit 2854 gegen 2824 Stimmen verworfen hat.

Paris, 27. Dezember. Der Marschall Mac Mahon wird am 31. d. M. das diplomatische Corps im Palais Elysée empfangen. — Die Ankunft der Kaiserin von Russland wird hier am Mittwoch erwartet. Dieselbe wird einen Tag verweilen und sich von hier aus nach Berlin begeben.

Rom, 27. Dezember. Der König ist heute nach San Remo abgereist, um der Kaiserin von Russland einen Besuch abzustatten.

Der neue Guelaria-Hass.

Die Nachrichten, welche zur Stunde über den Unfall der mecklenburgischen Brigg in der Nähe von Guelaria vorliegen, geben nichts weniger als ein klares Bild dieser neuesten Allarmaffäre. Anscheinlich der ersten Depesche der „König. Blg.“ über die Vorgänge bei der am 11. d. M. stattgehabten Strandung des „Gustav“ in der „Rostocker Blg.“ das am 21. d. M. eingegangene Schreiben des Kapitäns jenes Schiffes, Beplien, an seinen Korrespondenten berichtet worden. Dasselbe ist aus Barau vom 13. d. M. datirt und schildert die Strandung und die mit großer Gefahr verbundene Rettung der Mannschaft durch ein von Guelaria entsandtes Boot, enthalt aber nichts von feindseligen Handlungen der Karliten. Dabei ist allerdings nicht außer Acht zu lassen, daß der Brief in einem von den Karliten besetzten Ort geschrieben ist, und daß Kapitän Beplien, nachdem er über die Maßregeln zur Bergung von Ladung und Inventar berichtet hat, die Bewillung hinzufügt: „Weitere Berichte in diesem Lande ist nicht erlaubt.“ Es scheint hiernach fraglich, ob der Kapitän und die Mannschaften, wie die Löwener Depesche meldete, von den Freiwilligen nach San Sebastian, welches von Regierungstruppen besetzt ist, gerettet worden sind. Möglich, aber nicht wahrscheinlich wäre es freilich, daß Kapitän Beplien sich wegen Bergung der Ladung von San Sebastian nach dem von den Karliten occupirten Barau begeben hätte. Der Vollständigkeit wegen geben wir nachstehend den ausführlichen Bericht des Korrespondenten der „König. Blg.“ über den Vorgang; die nächste Zukunft wird ja mehr Licht in die Sache bringen. Daß der sonst so zuverlässige Korrespondent der rheinischen Kollegin Dinge geradezu aus der Luft gegriffen haben sollte, möchten wir nicht annehmen. Dr. Mohr schreibt nämlich aus Bayonne vom 21. Dezember:

„Es scheint, daß der Name Guelaria uniuers für das Verhältniß Deutschlands zu dem spanischen Bürgerkriege werden soll. Nicht weit von der Stelle, von welcher vor einiger Zeit die Parleigänger des Prinzenboote richteten, haben sie am 11. und 12. d. M. sich ein wirklich eindrückliches Attentat gegen Leben und Eigentum deutscher Reichsangehöriger erlaubt. Wegen des fortwährend stürmischen Wetters sind die ersten Nachrichten über den Vorfall erst gestern von San Sebastian hier eingetroffen. Wie bereits mehrmals bemerkt worden ist, befindet sich das Städtchen Guelaria an der Küste von Guipuzcoa in der Gewalt der Karliten, während sein auf einem ins Meer hineinragenden Gebirgsgruppe erbautes Castell von republikanischen Truppen besetzt ist. Als nun die von New York kommende mecklenburgische Brigg Gustav vom Weststurm gedrängt in der kleinen Bucht von Guelaria Schutz suchte, indem sie zur deutschen Flagge die Notflagge aufhob, wurde sie von den karlistischen Besatzung mit Kanonen beschossen. Diese abschreckliche Barbarei zwang den Kapitän, das unwürdige Asyl zu verlassen und die ihm anvertrauten Güter, meist Petroleum und Menschenleben, wieder den Gefahren der hohen See

bezis zu geben, von der aber Mühe zu erwarten war, als von jenen verhärteten Faktenfern. Aber es gelang ihm nicht, das Schiff von der felsigen Küste wegzubringen, und in der Nähe des mehr auf San Sebastian zu gelegenen und von den Karliten besetzten Barau führte das Fahrzeug fest. Die Besatzung des Kastells von Guelaria merkte die Gefahr, in welcher der Mannschaften schwante, und die Sharpshieen für die deutsche Fahne waren es, welche den Posten Nicastro Arrizabalaga und einige als Freiwillige mit den republikanischen Truppen stehende Küstendebewohner bewog, das gefährliche Werk der Rettung zu unternehmen. Die tapferen Basken bestiegen ein Boot und arbeiteten sich bis zu der bedrängten Brigg hin. Aber während der Fahrt und beim Aufnehmen des Kapitäns und der zehn Matrosen der Brigg gaben einige 30-50 Karliten vom Strand Glücks hör man nicht, daß eine der mehr als Taufens veranlagten Kugeln ein Unglück angerichtet habe, doch wurden einige Leute geschieft. Eine Menge Schüsse auf die ohnehin gering gefährdeten Leute ab. Zum Die Bestimmung der Brigg langte mit ihren Rettern glücklich in dem Fort von Guelaria an, nur das nackte Leben rettend, wurden aber mit aller erdenklichen Liebenswürdigkeit aufgenommen. Der Vorfall bedarf keines Kommentars, in so weit er sich als einen Beitrag zur Kennzeichnung der heutigen Kämpfer für Thron und Altar darstellt. Als der Bericht abging, erwartete man noch die Antwort der Karliten auf die durch einen Parlamentär an sie gestellte Frage, ob sie Rettungsversuche an Schiff und Ladung gestatten würden.“

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 28. Dezember. Nachdem erst vor einigen Tagen die sunlose Nachricht, daß die Kaiserin im Besitz der vom Grafen Arnim befehligen Dokumente sei, die gehabte Zurückweisung erfahren, stellt es sich als notwendig heraus, schon wieder ein in Bezug auf dieselbe hohe Dame verbreitetes Gerücht, demzufolge sie unmittelbar nach dem Neujahrsfest Berlin verlassen und nach Coblenz überredet werde, als vollständig aus der Lust gegriffen zu bezeichnen. Die Kaiserin hat keinen Augenblick daran gedacht, angesichts der Hoffestlichkeiten ihre Residenz zu verlegen. — Gestern hat ein Ministerialstaat gefunden, in welchem es sich wahrscheinlich um die definitive Feststellung der Ordensliste gehandelt hat, nachdem die Vorschläge aller Ressorts an das Staats-Ministerium gelangt waren. — Der Geheimrat Kratzig hat sein Mandat zum Abgeordnetenhaus für Lauban in Folge seiner Ernennung zum Kammerdirektor des Grafen Schatzpotsch niedergelegt. Mit der Ernennung des Herrn von Buttamer zum Bezirkspräsidenten in Magdeburg wird gleichfalls ein Reichstagsmandat vacant. Die Reise desselben nach Magdeburg erfolgte nicht erfolgt war. Die Publikation wird jedoch unmittelbar erwartet.

— Der Kaiser hat dem Könige von Italien als Weihnachtsgeschenk sein lebensgroßes Bildnis verehrt. Dasselbe ist von dem Hofmaler Karl Arnold ausgeführt, welchem der Kaiser wiederholt dazu gefessen hat; es zeigt den Monarchen in stehender Figur vor einem Thronfessel, in der großen Generalsuniform und geschmückt mit dem Bande, der Kette und dem Stern des italienischen Annunziaten-Ordens. Der Kaiser und die Kaiserin haben sich anerkennend über die Ausführung des Bildes ausgesprochen.

— Das landwirtschaftliche Ministerium wird aus seinem jetzigen, allerdings vorsichtshalb baulichen Zustande endlich erlöst werden. Mit Zustimmung des Finanzministers ist durch Hrn. Dr. Friedenthal in unserer fashionablen Gegend am Leipziger Platz ein Haus, gegenüber der kaiserlichen Admiralität, angekauft worden, natürlich mit dem Vorbehalt der Bewilligung unseres preußischen Abgeordnetenhauses. Uebrigens soll Hr. Dr. Friedenthal, wie dem „Tils. J.“ von glaubwürdiger Seite versichert wird, sich zu einem Buschus aus seinen Privatmitteln in Höhe von 75,000 Thlr. bereit erklärt haben. Dies ist der erste derartige Fall in unserer preußischen Minister-Familie.

— Die „Nordd. Allg. Blg.“ bringt folgende offizielle energische Befreiung:

Nach deutschen Begriffen von Wohnstädigkeit und von den einen Mitgliedern der am höchsten Stufe beklagten Botschaft eines andern Staates schändlichen Rückstehen würde eine Zeitung von dem journalistischen Rang und der zu einer gewissen Noblesse verpflichtenden Vergangenheit, wie das „Journal des Débats“, außer Stande gewesen sein, die ehrverleidenden Vorprägelungen, welche in der Gerichtsstätte vom 11. d. M. die Vertheidigung des Grafen Arnim auf Verantlastung und in Anwesenheit des Angeklagten sich gegen den Freiherrn v. Holstein herausnahm, in ihren Spalten als beispiellose Thatsachen wiederzugeben. In Paris ist, wie es scheint, diese Rückstolzigkeit eines der vornehmsten Organe der Presse unbemerkbar und jedenfalls unerlaubt geblieben. Bei uns würde das analoge Auftreten eines Berliner Blattes gegen einen Sekretär der französischen Botschaft daher die laute Indignation der ganzen übrigen hiesigen Presse auf sich gezoagt haben. Ferner ist uns noch nicht eine weitere Nummer des „Journal des Débats“ vor Augen gekommen, worin von der Revolution des Rechtsanwalts Dockhorn und von der für Freund und Feind überzeugenden Refutation des noch festgehaltenen Mesis des Verdächtigungsseitens des Baron Holstein in der Gerichtsstätte vom 14. d. M. gebührender Weise Notiz genommen wäre. Ein solcher Verfall der Sitten ist der deutschen Presse fremd. Vorkommendenfalls würde jedoch ohne Zweifel das Auswärtige Amt des deutschen Reiches seiner Pflicht, die Honneurs zu machen, gegenüber einem in dieser Weise ungünstig und ungerecht behandelten Mitgliede der französischen Botschaft in Berlin mit einer Sprache zu genügen wissen, die seinem Zweifel darüber Raum ließe, daß bei uns zu Lande das Gesetzbuchstreit vor den Ungezogenheiten der einheimischen Presse genügen den Schutz gewährt.

— Vor einiger Zeit wurden die Grundzüge eines Gesetzentwurfes, betreffend die Verfassung und Verwaltung der Provinz Berlin mitgetheilt, wonach die Stadtkreise Berlin und Charlottenburg, sowie der Landkreis Berlin zu einer besonderen Provinz Berlin vereinigt werden sollen, welche einen mit dem Rechte einer Korporation ausstattenden Kommunalverband zur Selbstverwaltung ihrer Angelegen-

heiten bildet. Ueber dieses Projekt läßt sich die „Nordd. Allg. Blg.“ wie folgt aus:

Schon der in der vorigen Landtagssession vorgelegte Entwurf einer Provinzialordnung für die östlichen Provinzen hatte den Abschluß der Residenzstadt Berlin aus dem Provinzialverbande der Provinz Brandenburg unter Hinweisung auf den Mangel gemeinsamer kommunaler Interessen zwischen Berlin und der übrigen Provinz in Aussicht genommen. — Es müßte also der Stadt Berlin eine besondere Stellung in der Ordnung der Provinzen zugewiesen werden und der vorliegende Entwurf stellt dieselbe fest mit Rücksicht darauf, daß je geringer die kommunale Interessengemeinschaft Berlins mit der Provinz ist, um so inniger und manigfacher die Beziehungen Berlins zu seiner nächsten Umgebung sind, welche die Bedingungen ihrer Wohlfahrt in dem Berlehr mit der riesenhaft anwachsenden Stadt finden, während diese die Mittel ihrer Existenz, sowie die Möglichkeit ihrer territorialen Ausdehnung von dort empfängt. Die Innigkeit dieser wechselseitigen Beziehungen spricht sich auch äußerlich aus: denn das Auge weiß sehr oft bei der Kontinuität der Häuserreihen nicht zu unterscheiden, wo Berlin aufhört und „das Land“ anfängt, so daß es zweckmäßig erscheinen ist, die äußerliche wie innerliche Zusammengehörigkeit auch rechtlich anzuerennen. Dieser Zweckmäßigkeit wurde 1860 durch Vereinigung einer Reihe umliegender Ortschaften mit den Stadtbezirken von Berlin entsprochen. Begreiflicherweise aber muß diesem System der Inkommunalisierung ein Ziel gesetzt werden, wenn die daraus entpringenden Inkonvenienzen nicht geradezu unerträglich werden sollten, obgleich die Gründe, welche zu der Inkommunalisierung von 1860 führten, in ihrer vollen Stärke noch vorbestehen. Es mußte ein anderer Weg betreten werden, da die Schwierigkeiten, welche sich schon jetzt einer gerechtlichen Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten entgegenstellen, dazu auffordern, innerhalb des großen Gemeinwesens kleinere zu bilden und denselben diejenigen Aufgaben zu übertragen, welche der kleinere Verband sogar besser zu lösen vermag, als der Gesamtverband — diesem aber diesenigen Zweige der komunalen Verwaltung vorzuhalten, beigleich deren ein gemeinsames Interesse sämtlicher Einzelverbände besteht.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht also davon ab, der zentralisierten Stadtverwaltung eine noch größere Ausdehnung zu geben, und substituiert einen Gesamtverband für bestimmte kommunale Zwecke, deren gemeinsame Erfüllung die Wohlfahrt aller Verbandsmitglieder gleichmäig fördert; eine Organisation, mit welcher der Vorheit verbunden ist, daß die Grenzen des Verbandes weit genug gesteckt werden können, um das ganze Gebiet der Stadt Charlottenburg und die ungeliebten Gemeinschaften aller derjenigen Ortschaften zu umfassen, deren Berlehr und wirtschaftliche Beziehungen in der Großstadt ihren Mittelpunkt finden. Zugleich aber wird durch diese Organisation dem Bedürfnis des öffentlichen Interesses entsprochen, daß die Polizei in der Hauptstadt des Landes und deren nächster Umgebung einheitlich verwaltet werde, infosso aus den zu einem kommunalen Gesamtverband mit Berlin zu vereinigenden Ortschaften zugleich ein besonderer Verwaltungsbereich eingerichtet wird. Es empfiehlt sich danach sowohl aus kommunalen wie aus administrativen Rücksichten die Bildung einer besondern Provinz Berlin, und zwar in der oben angegebenen, der natürlichen Entwicklung folgenden Weise: so daß diese Provinz gleich den übrigen Provinzen der Monarchie einen besonderen, mit den Rechten einer Korporation ausgestatteten Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Anlagenheiten bildet, wobei natürlich einzelne Abweichungen — in Rücksicht auf die eigentümlichen Verhältnisse der aus den Kommunalverbänden von sehr ungleicher Einwohnerzahl und Leistungsfähigkeit zu bildenden Provinz Berlin — nicht zu vermeiden wären.

— Das neueste Justizministerial-Blatt enthält folgende Personal-Veränderungen: Ba Ober-Tribunalräthen sind ernannt: die Appellationsgerichtsräthe Wix in Hamm, Meyer in Breslau, und Lemke in Posen. Der Obergerichtsrath Kettler in Osnabrück ist gestorben. Verfegt sind: der Kreisgerichtsrath Willebrand in Oelde an das Kollegium des Kreisger. in Warendorf, die Kreisrichter Richter in Burg an das Kreis in Halberstadt, Pogge in Weisenfelde an das Kreisger. in Merseburg, Brockhoff in Wiebke an das Kreisgericht in Langensalza, Wippermann in Lieberose an das Kreisger. in Herford, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Blotho, Wassenow an das Kreisger. in Demburg, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Kallies, Grüner in Hultschin an das Kreisger. in Krempurg in Obersch., und Langer in Wohlau als Stadtrichter an das Stadtger. in Breslau. Der Amtsrichter Krausen in Niederaula ist in Folge des oben angegebenen Disziplinarerkenntnisses aus dem Justizdienste entlassen. Der Rechtsanwalt und Notar Krautäder in Ohlau ist vom 1. Februar 1875 ab in gleicher Eigenschaft an das Kreisger. in Gleiwitz, mit Anweisung seines Wohnsitzes derselbst verlegt. Der Gerichtsassessor Dr. Cydorff aus dem Departement Naumburg a. d. S. ist gestorben. Zu Amtssoren sind ernannt: Die Ref. Pollack im Bezirk des Kammerger. Mudrack und Gimkiewicz im Bezirk des Appellationsgerichts zu Breslau, Krohisch im Bezirk des Appellationsgerichts zu Naumburg, Kalisch und Heym im Bezirk des Appellationsger. zu Halberstadt.

Stettin, 24. Dezember. Mit Beginn des nächsten Jahres werden hier nach dem Beschuße der städtischen Behörden Fortbildungsschulen für Lehrlinge, jüngere Gesellen und jugendliche Arbeiter eröffnet werden. Die städtischen Behörden haben alles gethan, was geeignet ist, ihren Besuch zu erleichtern und ihren Unterricht nützbringend für den Gewerbestand zu machen. In der inneren Stadt werden drei und im Grünhof, Neu-Torney und in der Pommerendorfer Anlage je eine Schule errichtet werden. Der Unterricht ist in die Abendstunden der Wochentage und auf den Sonntag verlegt, um jede Störung der gewerblichen Arbeit möglichst zu vermeiden. Die Schüler werden in Deutsch, Rechnen und Schreiben, die vorgelehrten in den für den Gewerbestand wichtigsten Fächern: Deutsch, Buchführung, Rechnen, Naturwissenschaften unterrichtet werden. Die Leitung der Schule ist einer Kommission übertragen, welcher der Stadtschulrat, einige Mitglieder der Schuldeputation und eine Anzahl Gewerbetreibender angehören, und als Direktor ist Herr Lehrer Lutz eingetragen, welcher schon der früheren Fortbildungsschule vorgesetzten hat. Für das geringe Schulgeld von 15 Thlr. für das laufende Winterhalbjahr wird den Schülern ein Legebuch, Schreibmaterial &c. unentgeltlich geliefert. Die bisherigen Erfahrungen mit Fortbildungsschulen hier wie in anderen Städten bezeugen es, daß die jungen Leute es dankbar anerkennen, wenn etwas für ihre geistige Weiterbildung geschieht, und daß sie fast ausnahmslos bestrebt sind, sich durch gesittetes

Betrügen und Theilnahme am Unterricht erkennlich zu zeigen für das, was ihnen in wohllineinem Sinne geboten wird. Ebenso ist es eine Thatache, daß die große Mehrzahl der Fortbildungsschüler ein ernstes Bestreben zeigt, die von ihnen selbst gefühlten Lücken ihres Wissens auszufüllen. Dieselben Erfahrungen sind in der Sonntagschule gemacht, welche in der Maschinenbau-Anstalt Vulcan für Lehrlinge eingerichtet worden ist und jetzt bereits drei Klassen umfaßt. So liegt in der Fortbildungsschule ein nicht zu unterschätzendes Mittel, die sittliche Buße im Lehrlingsstande wieder zu stärken, und der Lehrherr, der selbst ein Herz für das geistige Wohl seiner Lehrlinge zeigt, darf sicher sein, willigere und zuverlässigere Arbeiter zu gewinnen.

Breslau, 27. Dez. Bezuglich der vielbesprochenen Leichenverbrennung heißt die „Schles. Bltztg.“ mit, daß dem Pfarrer Stern hier selbst als Antwort auf seine Beschwerde wegen Verbrennung des Leichnams der Witwe Schöngarth folgendes Schreiben der hiesigen Regierung, Abtheilung des Innern zugegangen ist:

Breslau, den 11. Dez. 1874.

Wenn schon der Magistrat die Legitimation Euer Hochberührten zu der unterm 9. Oktober cr. hier wegen der Verbrennung der Leiche der Witwe Schöngarth angebrachten Beschwerde angeschlossen hat, weil das Begräbnis eines im Hospital zu Allerheiligen Verstorbenen nicht von dem Pfarrer des Dominikus, sondern von dem Geistlichen resp. katholischen Kuratus des Hospitals restorirt, so wollen wir Ew. Hochwürden doch die Mittheilung nicht vorenthalten, daß der Herr Minister des Innern, welchem die Angelegenheit duseits vorgetragen worden ist, das Verfahren der Hospitalverwaltung missbilligt, und den Grundtag aufgestellt hat, daß, wenn überhaupt im wissenschaftlichen Interesse Versuche von Leichenverbrennung gestaltet werden, es doch geboten sei, derartige Experimente auf Fälle zu beschränken, wo entweder der Verstorbene selbst bei Lebzeiten seine Einwilligung erklärte, oder nach seinem Tode seine Angehörigen ihre Genehmigung zur Verbrennung der Leiche derselben ertheilt haben. Was die Aschenreste der p. Schöngarth betrifft, so sind dieselben nach der Angabe des Magistrats zwar von einem auswärtigen Gelehrten zu wissenschaftlichen Untersuchungen mitgenommen worden, der Magistrat hat sich aber bereits um ihre Rücksendung bemüht, und wird die Beseitung demnächst auf dem Friedhofe des Hospitals erfolgen.

Hannover, 25. Dezember. Die seinerzeit von uns erwähnten Beschlüsse der hannoverschen Landesynode, welche geeignet waren, die neuere Gesetzgebung über die Zivilcöche in Frage zu stellen, haben, wie zu erwarten war, die landesherrliche Genehmigung nicht erhalten. Das in Hannover erscheinende „Tageblatt“, welches in diesem Falle als Monitor des Landeskonsistoriums dient, schreibt darüber:

Das bereits vor 8 Tagen bei dem Konsistorium eingegangene, diesen Punkt betreffende Rekript motiviert die Verwerfung mit dem Hinweis auf die Nichtberichtigung des in dem Gesetz-Entwurfe der Landesynode enthaltenen Ausdrucks „kirchlich unerlaubte Ehen“. Der Herr Kultusminister, welcher Seine Majestät die Nichtbestätigung der fraglichen Beschlüsse empfohlen hat, scheint sich demnach auf den Standpunkt des Berliner Oberkirchenrats zu stellen, nach welchem die Kirche unbedingt gehalten sein soll, alle vom Staate zugelassenen Ehen (also auch die Ehe zwischen Christen und Juden oder Heiden, die zweite Ehe der ausüblichen Gründen Geschiedene etc.) für stiftlich zu erklären. Die Sache steht jetzt auf dem Standpunkte, daß wir eine vorläufige Konsistorial-Inspektion über die kirchliche Behandlung der Ehe-Angelegenheiten zu erwarten haben.

Es wird Sache der Staatsbehörde sein, auf die hier angekündigte Konsistorial-Instruktion ein wachsames Auge zu halten.

Köln, 26. Dezember. Die „Köln. Volksztg.“ meldet: „Zu der mitteilbaren Nachricht vom 24. d. M. betreffend die vom Hrn. Oberpräsidenten der Rheinprovinz gegen unsern hochw. Herrn Erzbischof wegen Nichtbefolgung der Maigesetze hinsichtlich der Succursal-Pfarren jetzt ausgesprochene Strafe von 29,500 Thlrn. wird uns nachträglich noch auszuverlässiger Quelle bekannt, daß die exekutorische Einziehung derselben bereits für den Fall angeordnet ist, falls die Strafe nicht vor dem Schlusse des laufenden Jahres eingezahlt werden sollte, was selbstdredend aus naheliegenden Gründen weder im laufenden noch im künftigen Jahre geschehen wird.“

Trier, 23. Dezember. Vor einigen Monaten machte eine Ohrfeige-Gesichte gerechtes Aufsehen. Zwei Schüler der hiesigen höheren Lehranstalten waren auf einem Spaziergange begriffen und unterhielten sich in ihrer Weise über die brennende Tagefrage: ob der Bischof von Trier bald frei gelassen werde oder nicht. Der ältere, Namens Kossuth, Sohn des evangelischen Pfarrers von Witschweiler, machte endlich eine Aeußerung, welche folgendermaßen gelautet haben soll: „Mir ist es gleichgültig, ob er noch drei Jahre sitzen wird oder nicht.“ Religionslehrer Ewen, der gerade vorbei kam, gab dem Sprecher eine Ohrfeige, wohl vorzüglich deswegen, weil er glaubte, die Worte seien unfeinmeigen, um ihn zu ärgern, gesagt worden; auch habe Kossuth dabei gelacht. Steuerinspektor a. D. Schneider von hier kam derselben Weges und hatte den Vorfall nur halbweise beobachten können. Bei der Verhandlung vor dem Gerichte am 19. wurde Seitens der Vertheidigung die Kompensation geltend gemacht. Die Richter gaben jedoch nur mildernde Umstände zu und erkannten gegen den Verfallen auf eine Geldstrafe von 12 Thalern.

Wien, 25. Dezember. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht das Finanzgesetz sammt Staatsvoranschlag für das Jahr 1875. Die Staatsausgaben pro 1875 sind veranschlagt mit 381,370,906 Fl., die Staatsentnahmen mit 373,089,899 Fl., daher ein Abgang von 8,281,007 Fl. sich ergiebt, zu dessen Deckung der Finanzminister ermächtigt wird, die Staatsrentenschuld durch Ausgabe von Obligationen im Nominalbetrage von zwölf Millionen zu vermehren. — Der Termin für die Enderfüllung der Delegationen wurde, wie die „Presse“ erfährt, deshalb hinausgeschoben, weil man die Neuwahlen für den ungarischen Reichstag abwarten will, welche in der ersten Hälfte des nächsten Jahres stattfinden sollen. Der gegenwärtige Reichstag hat bereits dreimal für die Delegationen gewählt.

In aller Stille hat in der vorigen Woche zu Prag der Episkopat von Böhmen, Mähren und Schlesien unter dem Vorsteher des Kardinal Schwarzenberg Beratungen abgehalten, welche von entscheidendem Einfluß für die Haltung des Clerus dieser Länder gegenüber den Maigesetzen gewesen zu sein scheinen. Es waren da beim Erzbischof von Prag versammelt der Erzbischof von Olmütz, die Bischöfe von Brünn, Budweis und Brünn, ferner für das erledigte Bistum von Königgrätz Kanonikus Kulla und auch Fürstbischof Fürster von Breslau ließ sich durch seinen in Teschen residirenden General-Vikar Helm vertreten. Zu den Beratungen wurden endlich auch Weihbischof Brüha und mehrere Konfessorialräthe von Prag gejogen. Die Beratungs-Gegenstände stehen durchweg mit der Ausführung der kirchenpolitischen Gesetze im engsten Zusammenhang; diese Gegenstände sind: die Regelung der Leistungen bei Umpfarrungen, die Regelung der Stola-Ordnungen, die Bildung der von den neuen Gesetzen vorgesehenen Pfarrgemeinden und ihre Theilnahme an der kirchlichen Vermögensverwaltung, endlich die Regelung der Patronats-Verhältnisse. Einen besonderen Gegenstand der Konferenzen scheint auch die Besezung des durch den Tod des Bischofs Wahala erledigten

Bistums Königgrätz gebildet zu haben. Wie das „Vaterland“ in einer seiner von der prager Kurie inspirirten Korrespondenzen dieser Tage zu melden wußte, sind in der Diözese des Landgrafen Fürstenberg bereits fünf bis sechs Fälle seit dem Inslebentreten der Magdeburg vorgekommen, wo der vom Erzbischof ernannte Pfarrer vom Statthalter zurückgewiesen wurde.

Paris, 25. Dez. Zum ersten Male seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Bordeaux wurde das Programm der bonapartistischen Restauration von der Rednertribüne verkündigt und es ist daher ganz in der Ordnung, daß Roubers gestrigene Rede die Blätter beschäftigt. Das „Journal des Debats“ weist auf den Fortschritt des Bonapartismus hin, dem gegenüber die Regierung mit Blindheit geschlagen zu sein scheint. Der Justizminister habe einen nur zu begreiflichen Schweigen beobachtet, während Rouber zugestanden habe: „Wir bilden Komite's, das ist wahr, aber halten Sie uns für so naiv oder dummkopf, daß wir gegen die Vorschriften des Strafgesetzbuches verstößen?“ Die Regierung wünsche, wie der Justizminister erklärte, in dieser Frage neutral zu bleiben; dadurch erreichte er allerdings, daß er durch die Abstimmung nicht gezwungen wurde, zurückzutreten, aber die natürliche Folge war, daß, wie der „Temps“ es offen ausspricht, die Regierung mit dem Bonapartismus zugleich auf dem Armeeübungsfeld erschien. Der „Français“ verhehlt nicht die „Arroganz“, mit der Rouber gesprochen habe, findet aber nur einen Ausweg für die Nationalversammlung, nämlich die schleunige Organisation der Vollmachten Mac Mahons. Aber wird diese Organisation nicht ungemein schwierig, wenn die Regierung sich nicht gegen den Schein wahr, daß sie mit den Bonapartisten unter einer Decke spielt? Eben deshalb ist das Verfahren des Justizministers so schicksalhaft. Das Univers belobt die Mitglieder der Rechten, die nicht für die Untersuchung stimmen, aber es führt hinzu: „Die Regierung hat wieder einmal mehr ihre Schwäche gezeigt; was sie auch sagen möchte, sie war in die Sache verwickelt und es war dies eine der Fragen, wo sie eine Meinung haben mußte: dies erheischt sowohl ihre Pflicht wie ihre Würde. Aber es gehört so wenig dazu, was zu einer ministeriellen Krise führen kann, und diese konnte so leicht eine Regierungskrisis zur Folge haben! Dies ist der Grund, weshalb der Justizminister die Neutralität der Regierung erklärte. Vielleicht war dies schlau, aber stolz war es nicht.“

Athen, 9. Dezember. Heute, am 157jährigen Windelmannstage, wurde das hiesige deutsche archäologische Institut, bekanntlich eine Zweiganstalt des römischen, eröffnet. Der Leiter desselben, Dr. Lüders, halte zu dieser Feier zahlreiche Einladungen ergehen lassen, in Folge deren sich eine ausgewählte Zuhörerschaft von etwa 100 Personen Nachmittags 3 Uhr in den Räumen des für die Schule gemieteten elegant gebauten Hauses unweit der Athener Universität versammelte. Auf dem Institut war die deutsche Fabrie aufgezogen. Unter den Zuhörern bemerkte man außer vielen Professoren der Universität, die wie die meisten Gelehrten Griechenlands überhaupt ihre Bildung wenigstens zum Theil in Deutschland empfingen, denjenigen Vertreter des deutschen Staates in Griechenland, den kürzlich aus Konstantinopel hierher berufenen Legationsrat Herrn v. Derenthal, ferner den österreichischen Gesandten, Herrn v. Pottemburg, den Vertreter der hohen Pforte, Misjak Effendi, während dagegen die Botschafter oder Diplomaten Russlands sowie Frankreichs nicht vertreten waren. Schon vor der bestimmten Stunde fanden sich die Einladeten im Saale der „deutschen Schule“ ein, um dem bereiteten Vortrage des Dr. Lüders zu lauschen. Derselbe sprach in fröhlicher Rede über die Bedeutung des Tages und der Feier. Unbehend von dem Erwachsenen und Erblichen des Interesses für die alte Kunst, verfolgte er in kurzen markanten Sätzen den Verlauf der Kunstofforschung bis auf unsere Tage, allmählich dazu übergehend wann und wie die Deutschen förderten in dieselbe eingriffen. Darauf schiede er die Aufgabe, welche sich die deutsche Schule stellt, und bat die griechischen Gelehrten um freundliches Entgegenkommen, worauf die deutschen Gelehrten gewiß mit vollem Herzen vertrauen, wenn auch auf unmittelbare Mitwirkung von Seiten der griechischen Archäologen nicht zu hoffen ist, weil diese, in der archäologischen Gesellschaft vereinigt, in dem „Athenion“ und der griechischen „Archäologischen Zeitung“ eigene Organe bestehen. Doch kann durch Vermittlung der griechischen Gelehrten der deutschen Schule mancher Vorwurf geleistet werden, obgleich nicht mehr zu fürchten ist daß, wie in früheren Zeiten, wichtige Inschriften oft sehr lang verborghen gehalten werden, weil es manchmal dem darum Wissenden an Zeit oder Lust fehlt die wissenschaftliche Bearbeitung derselben zu unternehmen. Die Zuflucht der wohlwollenden Aufnahme der deutschen Schule erhielt dieselbe aus dem bereiten Munde des schwürdigen, durch sein Interesse an der deutschen Wissenschaft bekannten Professors der Philosophie an der hiesigen Universität, der zugleich der Präsident der archäologischen Gesellschaft hier selbst ist, nämlich Philippos Joannis, welcher nach dem unter lautem Beifall der Versammlung endenden Vortrage des Vortreibers der jungen Anstalt in einer kurzen griechisch gesprochenen Rede die von den Deutschen dargebotene Hand ergriff, und in Liebe der Deutschen gedachte, die bis jetzt die deutsche Wissenschaft in Athen vertraten.

Am Abend desselben Tages versammelten sich die hiesigen Deutschen bei einem gemeinschaftlichen Festmahl im „Hotel des Etrangers“ und feierten unter dem Vorsteher des deutschen Geschäftsträgers, Herrn von Derenthal, die Gründung und Eröffnung des ersten derartigen deutschen Reichsinstituts im Ausland als ein für Deutschland und Deutsche in jeder Beziehung erfreuliches und in den Fästen deutscher Wissenschaft höchstes Ereignis. Wohl zum ersten mal war damit der Abener deutschen Colonie Gelegenheit geboten, dem lebhaften Hochgefühl für Einheit und Größe des Vaterlandes Ausdruck zu geben. Eine die ganze Bedeutung des Augenblicks für deutsche Wissenschaft mit bereiten Worten hervorhebende Ansrede des Herrn von Derenthal schloß mit dreimaligem enthusiastischen Hoch auf das Wohl des deutschen Kaisers. Zahlreiche Toasts folgten in hunder Reize. Man trank unter anderem auf das Wohl des deutschen Kronprinzen, auf das Wohl des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, auf das Gedächtnis des Instituts, auf das Wohl des Professors Ernst Curtius, der schon seit Jahren für die Errichtung eines archäologischen Instituts in Athen mit Wort und That gewirkt hatte und dem die verfammlten Gäste ein beglückwünschendes Telegramm sofort zu übersenden, einstimmig h schlossen. Man trennte sich in später Stunde in keiterster, gemüthserhebender Stimmung. (A. B.)

Sachsen und Provinzielles.

Posen, 29. Dezember.

Wie der „Staatsanzeiger“ meldet ist dem Vorsitzenden der königl. Direktion der Ostbahn, Geh. Reg.-Rath v. Mutius zu Bromberg, vom 1. Januar 1875 ab unter Besetzung nach Berlin die Stelle des Vorsitzenden des kgl. Eisenbahn-Kommissariats derselbst und dem vortragenden Rathe im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Geh. Baurath Eduard Wex vom 1. Januar 1875 ab die bisher kommissarisch von ihm verwaltete Stelle des Vorsitzenden der königl. Direktion der Ostbahn in Bromberg definitiv übertragen worden.

Braunschweigische Bank. Der heutige „Staatsanzeiger“ publiziert die Bekanntmachung des Handelsministers, betreffend die Kündigung der Anteile der Braunschweigischen Bank von Seiten der preußischen Regierung, welche wir schon in Nr. 9034 der Posener

Zeitung als bevorstehend abwartet halten. Die vom 25. i. M. datirte Publikation ordnet mit Grund eines kaiserlichen Erlasses vom 21. Dez. cr. an, daß zum 1. Januar 1876 die Zurückzahlung des gesamten, von Privatpersonen bei der Preußischen Bank eingeschöpften Kapitals stattzufinden habe.

r. Verein junger Kaufleute zu Posen. Zu der auf Freitag, den 25. Dezember anberaumten Generalversammlung waren nur ca. 60 Vereinsmitglieder anwesend, während Besuchsfähigkeit die Anwesenheit von mindestens 75 vordert. Mitgliedern nothwendig ist. In Folge dessen wurde eine neue Generalversammlung auf Dienstag, den 29. Dezember, Abends 8 Uhr berufen. Auf der Tagesordnung stehen unter Anderem: Wahl der Vorstandsmitglieder und Revision.

r. Die Droschlenordnung ist einer Revision unterworfen und dabei vom Magistrat mit Aussicht auf politisches Einverständniß die principielle Änderung vorgeschlagen worden, daß die gesamte Stadt innerhalb der Festungsumwallung einen einzigen einheitlichen Droschlenbezirk mit gleichen Fahrsätzen bilde, während bisher zwischen den Stadtteilen rechts und links der Warthe ein für die ersten ungünstiger Unterschied bestand.

Die Braunschweigischen Zehnthalerscheine — schreibt ein Berliner Blatt — wird man gut thun, lieber gar nicht anzunehmen. Die „echten“ müssen nämlich sehr ungeschickt gemacht und die falschen sehr geschickt nachahmt sein, da uns versichert wird, in Braunschweig selbst an der Leibhausklasse sei man oft im Zweifele, ob ein vorgelegter Schein echt oder falsch sei. Wenigstens außerhalb Braunschweigs sollte man diese Zehnthalerscheine ein für allemal zurückweisen, wenn man ganz sicher gehen will, nicht entweder durch einen Falsifikat betrogen oder einen echten als Falsifikat zurückgewiesen zu sehen.

Auf dem Märkisch-Poener Bahnhof verunglückte Montag Morgen beim Zusammenstoß der Wagen ein junger Arbeiter. Er soll von der Koppelstange an die Schläfe getroffen worden, und in Folge des Schlags bestimmtlos zu Boden gefallen sein, so, daß der eine Arm über die Schiene zu liegen kam und zerquetscht wurde.

r. Die Wiesenstraße (zwischen dem Karmelitergraben und dem ehemaligen Karmelitertor) die seit einigen Jahren andauernd aufgebaut worden ist, wurde während des verlorenen Sommers auf das nicht länger abzulehnde Anfang aller Abfahrt von der Schloßstraße ab bis hinter die Einfahrt zum f. Militärarrest hin vollends aufgebaut und mit gepflasterten Rinnsteinen und an diesen mit breitem Ziegelplatte versehen, daß der Fußgänger auf den Bürgersteigen, welche sonst nur mit Kies befestigt wurden, auch bei schlechtem Wetter zur Zeit Genüge gehabt. Der Fahrdamm wurde nach erfolgter Straßendammregulirung mit Anfang des nicht zu lebhabten Frachtverkehrs derselbigen zunächst mit Ziegelplatte, die hohen Begleitungen aber mit Rasen befestigt. Durch die Wiesenstraße hindurch wurde zur Enwidderung der links und tief belegenen Grundstücke ein Entwässerungs-Öffnungsrohr unmittelbar an die Einfahrt zum f. Arrestlokal nach dem Karmelitergraben hin gelegt und dessen Ober- und Unter-Haupt durch Barrieren und Brillensteine geschißt. An Aufhöhung des noch weiterhin belegenen Wiesen-Straßenabschnitts zwischen Arrestlokal und Wallstraße wird in seitheriger Weise durch Absenkung von Bauplatz fortgearbeitet. Der dreieckige Anschluß der Wiesenstraße an die Schloßstraße und an den Weg zur Karmeliterkirche hin wurde gepflastert.

Versuchte Expressum. Am 24. d. M. Abends erschien bei einer Witwe auf Ostrowei ein ihr unbekannter Mann in den mittleren Jahren, welcher ein Paar Papiere unter dem Arme trug und an der Brust ein Schild befestigt hatte. Er stellte sich der Witwe als Exekutor vor und verlangte die Aushändigung einer Hypothek über 3000 Thlr. Als ihm die Witwe dies verweigerte verlangte er 8 Thlr. Exekutionsgebühren, welche ihm indessen gleichfalls nicht gezahlt wurden. Der angebliche Exekutor entfernte sich scheinlich mit dem Versprechen, nach Neujahr wiederzukommen. Die angestellten Recherchen nach dem angeblichen Exekutor sind bis jetzt erfolglos geblieben.

Verlorene. Am 28. d. M. Abends ein graues Ledertaschen mit Messingbügel, enthaltend eine Perlenbörse mit 10 Thlr. Gold und 15 Thlr. Courant, darunter mehrere Kronungs- und Siegesthaler.

Feuer. Am 25. d. M. Abends entstand in einer Wohnung auf St. Adalbert ein Brand, durch den eine Quantität Wäsche verbricht, theils beschädigt wurde. Das Feuer ist durch die Uaborichtigkeit des Dienstmädchen entstanden.

Diebstähle. Einem Rentier wurde von seinem auf der Berlinerstraße stehenden Schluß ein schwarzer Krimmerpelz mit Schuppenfatz und grauem Tuchüberzuge gestohlen. — Einem Schuhmachergesellen auf der Gr. Gerberstraße wurde aus offener Werkstatt ein grauer Winterüberzieher mit schwarzem Sammeltragen gestohlen. Überdasselb wurden zweien Kaufleuten 11 Sergesäcke zu Frauenstühlen entwendet. — Einer Arbeitersfrau auf der Thorstraße wurden vor einiger Zeit aus offener Stube durch ein Frauenzimmer verschiedene Kleidungsstücke und ein Handkorb im Gesamtwerthe von 10 Thlr. gestohlen.

Polen in Amerika. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika lebenden Polen beträgt nach polnischen Quellen nur gegen 300,000, von der ein Theil in 120 größeren Kolonien und der Rest in Städten wohnt. In der Stadt Chicago wohnen ca. 20,000 Polen, fast ebenso viele in Milwaukee und einigen anderen Städten. Die Seefahrt unter den amerikanischen Polen führt über polnische Geistliche aus, von denen jeder mehrere Parochien hat. Die Stadt Chicago zählt 4 polnisch-katholische Kirchen und 5 Geistliche. Man hat berechnet, daß jährlich gegen 250 Polen nach Amerika kommen und zwar zum größten Theile aus der Provinz Posen und aus Russisch-Litauen.

Personalveränderungen in der Armee. Goslar, Maj. aggregirt dem 5. Baud. Inf. Regt. Nr. 113, in das Königs-Gren. Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7 einrangirt. Schaumann, Oberstl.-Et. vom Königs-Gren. Gren. (2. Westpr.) Nr. 7, unter Verleihung des Char. als Oberst mit Penl. zur Disp. gestellt und 1. Bez.-Kommdr. des 2. Bats. (Brieg) 4 Niederschles. Landw. Regts. Nr. 51 ernannt.

Grätz, 25. Dezember. [Gewerbliches] Wenn es auch langsam geht, so ist doch ein Vorschrift auf gewerblichem Gebiete hier nicht zu verleugnen. Außer der schon seit mehreren Jahren bestehenden Dampfapparatefabrik von Gutsch u. Herzfeld ist vor etwa 1½ Jahr die Couver- und Dötenfabrik von Cohn u. Herzfeld errichtet worden, welche im Aufblühen begriffen ist und schon einen ansehnlichen Export hat. In jüngster Zeit hat der Brauereibesitzer Bähnisch neben den schon bestehenden 4 Brauereien für Grätz Bier eine solche für Böhmisches Bier eingerichtet und wird in den nächsten Wochen das Fabrik zum Verkauf kommen. Endlich beschäftigt der Färberbrennerei Brenz neben seiner durch Damys betriebenen Färbererei, Wollspinnerei und Lohmühle noch eine Mahlmühle anzugießen. Diese gewerbliche Regelmäßigkeit wird leider nicht genügend durch Eisenbahnen unterstützt. Es ist sehr zu bedauern, daß die Märkisch-Poener Bahn nicht anstatt über das gewerblose Opalenica über Grätz geführt worden ist.

r. Koschmin, 25. Dezember. [Gewerbliche Belobigung. Besitzveränderungen.] Im Kreisblatte werden die Böhlungen des hiesigen Schullehrer-Seminars sowie die Seminarlehrer Ritter und Krampf von dem Herrn Kreis-Feuer-Soyciät-Direktor, Landrat Gläser, wegen der Entschlossenheit und Ausdauer, mit welcher sie das am 29. August c. hier selbst stattgehabte Feuer bekämpft, öffentlich belohnt. — In diesen Tagen hat Herr Lieutenant Erbe in Ladenberg sein gegen 300 Morgen großes Gut für den Preis von 21,000 Thlr. an einen Herrn Seiffert aus Schlesien verlaufen.

X. Inowraclaw, 27. Dez. [Kreistag. Verhaftung. Inspektion. Gutskauf. Stadtverordnetenwahl.] Auf dem am 12. d. M. hier selbst abgehaltenen Kreistage wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Die von den beiderseitigen Gemeindevertretungen beschlossene Informationsstiftung von Großwo in die Stadt Inowraclaw erhält die Zustimmung des Kreistages. Der Kreistag

